

4323/AB XXI.GP

Eingelangt am: 18.11.2002

Die Bundesministerin
für auswärtige Angelegenheiten

Die Abgeordnete zum Nationalrat Mag. Ulrike Lunacek, Kolleginnen und Kollegen haben am 20. September 2002 unter der ZI. 4413/J-NR/2002 an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend Österreichischer Beitrag zu IGAD gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

Zu Frage 1:

IGAD (Intergovernmental Authority on Development) ist eine der zahlreichen Regionalorganisationen auf dem afrikanischen Kontinent. Ihr gehören sieben Länder Ostafrikas und des Horns von Afrika an, von denen sich in den letzten Jahren die meisten in bewaffneten Konflikten unterschiedlicher Art befanden, teilweise untereinander, teilweise interner Natur, zu deren dauerhafter Lösung der politische Wille weitgehend fehlte. Schwerpunkt der IGAD-Aktivitäten ist die Lösung der komplexen Konflikte in Somalia und Sudan, die sich bereits über Jahrzehnte hinziehen. Bisher waren kaum konkrete Maßnahmen der IGAD erkennbar, die mit österreichischen Mitteln effektiv unterstützt hätten werden können. Die österreichischen Botschaften in der Region nehmen regelmäßig an den von IPF (mit)organisierten Treffen der beiden IGAD-Friedensprozesse zu Somalia und Sudan teil; sie leisten auch einen wichtigen Beitrag für die Mitarbeit des BMaA an der Konzipierung einer gemeinsamen EU-Politik gegenüber diesen beiden Ländern, wobei der Konsolidierung des Friedensprozesses eine wesentliche Rolle zukommt.

Das BMaA begrüßt und unterstützt mit Kontaktvermittlung Bemühungen, durch Reisetätigkeit eine bessere Einsicht in außenpolitische Piagen zu erhalten. Dabei ist das BMaA auf Wunsch auch bei der inhaltlichen Vorbereitung behilflich, damit auf Vorbringen von Gesprächspartnern angemessen und informiert reagiert werden kann.

Zu Frage 2:

Im Jahre 1999 wurde in Nairobi ein Sekretariat des IGAD-Friedensprozesses zum Sudan eingerichtet. Im November 1996 wurde anlässlich der Neuauflage von IGAD das sogenannte IGAD Partners Forum/IPF, dem auch Österreich angehört, gegründet. Ein Evaluierungsbericht des IPF vom September /Oktober 2000 kam zum Schluss, dass eine finanzielle Unterstützung des IGAD- Sekretariats zum Sudan nur unter bestimmten Voraussetzungen vertretbar schiene. Insbesondere wurde das Vorhandensein des bis dahin weitgehend fehlenden nötigen politischen Willens der Konfliktparteien zur Konfliktbeilegung und der nötigen politischen Voraussetzungen unter den IGAD-Mitgliedstaaten selber als Voraussetzung für einen effektiven Verhandlungsprozess gesehen. Diese Voraussetzungen scheinen nunmehr in einem größeren Ausmaß gegeben zu sein als noch vor zwei Jahren. Dabei ist es zweckmäßiger und effizienter, wenn eine finanzielle Unterstützung gebündelt durch die EU statt durch einzelne EU-MS erfolgt.

Zu Frage 3

Österreich sieht die Herstellung eines gerechten und dauerhaften Friedens, die Förderung der Menschenrechte und Demokratie als prioritäre Ziele und Grundlage für eine dauerhafte soziale und wirtschaftliche Entwicklung.

Eine Beilegung des langjährigen Konfliktes im Sudan wäre auch ein wichtiger Beitrag zur Sicherheit und Stabilität in der Sub-Region.

Österreich verfügt im Sudan über keine Botschaft oder Außenhandelsstelle, verfolgt aber die Entwicklungen im Sudan und in der Region genau, arbeitet aktiv in den Gremien der EU und VN bei den Sudan betreffenden Fragen mit, hält einen kontinuierlichen Dialog mit den in der Sudanplattform zusammengeschlossenen österreichischen NROs und Kontakt mit österreichischen Firmen.

Zu Frage 4 und 5:

Wie etwa die Erfahrung aus dem Burundi-Friedensprozess zeigt, den Österreich finanziell unterstützt hat, muss finanzielle Unterstützung komplexer Verhandlungsprozesse und eigens dafür etablierter administrativer Strukturen zielorientiert und an konkreten Fortschritten messbar eingesetzt werden: Einerseits soll die externe Finanzierung nicht die "afrikanische Ownership" in Frage stellen, andererseits soll kein Anreiz für ein Hinauszögern der Verhandlungen, sondern für einen möglichst raschen Abschluss gesetzt werden.

Im konkreten Fall setzt sich Österreich in diesem Sinne - wie von der Europäischen Kommission vorgeschlagen - für eine rasche und flexible Unterstützung des Follow-up der IGAD-Friedensinitiativen nach Friedensschluss ein. Als Mitglied der Europäischen Union ist Österreich in alle Aktivitäten und Initiativen der EU als Mitentscheidungsträger eingebunden. In diesem weiteren Kontext trägt Österreich - auch finanziell - zum Friedensprozess bei. In diesem Zusammenhang wird auf das regionale Strategieprogramm der EU für Ostafrika (2002 bis 2007) verwiesen, wo IGAD gemeinsam mit anderen regionalen Organisationen wie COMESA das Mandat zur Durchführung des Programms erhält. Zwischen 10 und 15% des Gesamtvolumens von € 223 Millionen sind für sogenannten *Non Focal Sectors* reserviert, wovon Konfliktprävention und -management ein Teil sind. Darüber hinaus sind auch bilaterale österreichische ÖEZA-Projekte zur Demokratieförderung und zu den Menschenrechten in den beiden IGAD-Ländern, die Schwerpunktländer der ÖEZA sind, ein Beitrag zum Friedensauftrag der IGAD in der Region. Österreich wird auch weiterhin Projekte unterstützen, die den Frieden in dieser Region fördern können.